

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereinstischstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 25.

Berlin, Sonnabend, 28. März 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. — Die Vertikung der Arbeitszeit. — Ansprüche von Waisen aus der Reichsversicherung beim Tode des Vaters durch Betriebsunfall. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter.

In der schönen Hauptstadt der industriereichen Provinz Rheinland traten am Sonntag, den 22. d. Mts. die Delegierten des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter zur 12. ordentlichen Generalversammlung zusammen. Der Hauptvorstand war vertreten durch die Kollegen Mudrasch, Sahn, Raab und Rosowich-Burg. Als Delegierte waren anwesend die Kollegen: Fenthur-Königsberg, Rhode-Stettin, Pulz-Greifswald, Wrede-Berlin, Tschirner-Börsch, Engel-Wesowich, Reimann-Sagan, Schock-Riegeln, Spahn-Striegau, Michael-Schweidnitz, Kastner-Waldenburg, Haupt-Gartau I, Fröhlich-Stadt, Kaufmann-Thale, Wollleben-Galle, Wittig-Jehm, Neumann-Bitterfeld, Obenaus-Aue, Fischer-Weiskopf, Enke-Bildschütz, Schulze-Jetz, Centmayer-Augsburg, Armbruster-Lauterbach, Holz-Waldhof, Willems-Frankfurt a. M., Sinf-Dersbiff, Grüning-Wanne, Siegel-Duer, Bassenhoff-Günningfeld, Wegener-Rinden. Als Vertreter des Verbandes wohnte Kollege Neuktedt den Verhandlungen bei. Zahlreiche Gäste aus der näheren Umgebung waren bei der Vorversammlung zugegen. Pünktlich um 4 Uhr nachmittags konnte der Hauptvorstand, Kollege Mudrasch die Vorversammlung eröffnen. In seiner Begrüßungsansprache wies er auf die ernste Zeit und die daraus sich ergebenden Aufgaben der Generalversammlung hin. Mit weitblickendem Gewerksvereinsgeist müsse an die Beratungen herangegangen werden. Im Auftrage des Rheinisch-Westfälischen Bezirksverbandes begrüßte Kollege Grüling die Versammlung, indem er wünschte, daß der oft verkantete lebendige Gewerksvereinsgeist auch einen fortdirktilichen Geist der Generalversammlung zeitige. Der Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses, Neuktedt, betonte das lebhafteste Interesse, das der Verband der Deutschen Gewerksvereine an den Verhandlungen des zweitgrößten Gewerksvereins innerhalb der Verbandsgemeinschaft hat. Die Aufgaben eines Gewerksvereins, der sich zum Ziele gesetzt hat, die Verbesserung der Lage der ungelerten Arbeiter durchzuführen, seien besonders schwierig zu lösen. Die Beratungen müssen namentlich unter dem Gesichtswinkel geführt werden, daß die bahnbrechende Pionierarbeit der Deutschen Gewerksvereine ständig erhalten bleibt; denn diese liege durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Es müsse nun aber auch so gearbeitet werden, daß die Erfolge der Arbeit in den Mitgliederzahlen gleichfalls zum Ausdruck gelangen. Alle Ansprachen wurden beifällig aufgenommen.

Die erste eigentliche Arbeit der Generalversammlung bestand in einer Beratung der Geschäftsordnung. Als Mandatsprüfer wurden gewählt die Kollegen Obenaus, Schulz und Schock. Die Prüfung ergab die Richtigkeit aller Mandate. Zum 1. Vorsitzenden der Generalversammlung wurde gewählt der Kollege Schock-Riegeln, zu seinem Stellvertreter Obenaus-Aue, zu Schriftführern die Kollegen Wohl-

leben-Salle und Neumann-Bitterfeld. Als Protokollführer fungierte Kollege Graf-Burg. Nach Regelung der Tageszeit und der Tagesordnung wurde beschlossen, einen Bericht der Beschwerdefunktion als besonderen Punkt der Tagesordnung einzufügen. Zum Schluß der Versammlung konnte Kollege Sinf-Dersbiff als Vertreter des Ortsverbandes zu einer Begrüßungsfeier einladen.

Diese Feier verlief in schönster Weise. In dem großen überfüllten Festsaal herrschte fröhlichste Feststimmung, die ja den Rheinländern ganz besonders eigen ist. Gut vongetragene Konzertschilde leiteten die Feier ein, Männerchöre der Gefangenschaft der Gewerksvereine wechselten ab mit Darbietungen des Theatervereins der Gewerksvereine. Reicher Applaus lohnte alle Mitwirkenden. Geradezu begeisterten Beifall lösten die Vorstellungen der Turnabteilung der Gewerksvereine aus. Die jugendlichen sehnigen Gestalten der Gewerksvereinsjugend allein boten schon einen erfreulichen Anblick, ganz abgesehen von den oftmals sehr schwierigen, aber ergoht ausgeführten Uebungen. Die Ansprache des Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Jugenhofen und des Verbandssekretärs Neuktedt fanden ebenfalls großen Beifall. Die ganze Veranstaltung war ein würdiger Auftakt zur Generalversammlung. Das sprach auch Kollege Schock im Namen der Delegierten freudig bewegt aus.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag pünktlich um 9 Uhr. Als Vertreter der städtischen Behörden konnte Herr Weigeoroner Dr. Reuter-Düffeldorf begrüßt werden. Die Gewerbeinspektion hatte schriftlich den Verhandlungen besten Erfolg gewünscht. Ferner lag ein Begrüßungsschreiben des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt und ein solches des Jugendbundes vor. Herr Dr. Reuter betonte in seiner Begrüßungsansprache das rege Interesse der Stadt an den Bestrebungen der Gewerksvereine, die zur Hebung des Arbeiterstandes führen sollen und werden. Die Wege, die zur Erreichung des Zieles eingeschlagen sind, haben sich als richtig erwiesen. Die hofsende Gesetzgebung wird seitens der Gewerksvereine nicht abgelehnt. Tarifverträge und Einigungsämter werden von ihnen angestrebt und der Kampf als letztes Mittel betrachtet. Auch die positive Wohlfahrtspflege (Arbeitslosenunterstützung, Krankenhilfe, Begräbnisgeld) ist vorbildlich von den Deutschen Gewerksvereinen geschaffen und ausgebaut worden. Dies Wirken der Arbeiterorganisationen hat mit dazu beigetragen, den deutschen Arbeiter, dem außer dem englischen Arbeiter kein anderer gleich kommt, auf eine qualitativ hohe Stufe zu bringen. Endlich stehen die Gewerksvereine auf nationalem Boden. Der Vertreter schloß seine oftmals durch Beifall unterbrochene Rede mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf das Vaterland. Eine ganze Anzahl Ortsvereine hatten den Verhandlungen auf telegraphischem oder schriftlichem Wege besten Erfolg gewünscht.

Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Kollegen Sahn lag gedruckt vor. Ihm ist folgendes zu entnehmen:

„Die Gewerksvereine haben sich die öffentliche Achtung erworben“, so lautet das Urteil in allen Volkstreffen, die noch nicht dem Klassenkampf und der Volksverbetterung verfallen sind. Das war nur möglich durch unerschütterliches Festhalten an den bei ihrem Entstehen proklamierten und feither mit aller Treue bewahrten Grundbitten der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit! Der arbeitsche Mann will nicht allein für-

sorge; er will auch Herr seines eigenen Schicks sein und bleiben; er will selbst sorgen und hält es feiner unwürdig, andere für sich allein sorgen zu lassen! Den Armen und Hilflösen hat die Staatsgemeinschaft stützend und helfend zur Seite zu stehen; sie soll für Kranke und Schwache sorgen, die sich nicht selbst zu helfen vermögen, aber der leistungsfähige Mann sorgt für sich selbst. Das ist von jeher der Grundbitten der Deutschen Gewerksvereine gewesen. Dieser wahrhaft demokratische Gedanke ist im Volke durch die sozialpolitische Aera etwas zurückgedrängt worden. Der Staatssozialismus, dessen Vater der wohlwollende Absolutismus ist, kam zur Herrschaft und nahm die Volkseele gefangen. Es war sehr bequem, andere für sich denken und handeln zu lassen. Es ist wichtig, bei einer Rückschau auf unsere Gewerksvereinsbewegung immer wieder auf diese Tatsachen hinzuweisen. Die nüchternen Gewerksvereine stehen auf dem Boden der gegebenen realen Tatsachen; frei von Illusionen und Zukunftstaumel haben sie ihre Augen auf die Gegenwart gerichtet und suchen mit ihr zu arbeiten. Das will der Sozialdemokratie nicht gefallen. Der Bericht beschäftigt sich dann recht eingehend mit den „freien“ und christlichen Gewerkschaften, schildert deren Abhängigkeit von gewissen politischen Parteien und hebt hervor, daß die Gewerksvereine ihre Unabhängigkeit hochgehalten hätten. Wenn sich die Mitglieder außerhalb der Gewerksvereine politisch organisieren, um ihre Rechte als Staatsbürger zu suchen und zu verteidigen, so sei dies recht erstreblich. Dann fährt der Bericht fort:

Stillstand und Mißerfolge, selbst zeitweiliger Rückgang können für die ethische und kulturelle Bedeutung der Gewerksvereine nicht in Betracht kommen; ihre Grundbitten, oberstem Menschentum entkürzungen, werden trotz scharfer Schelten der Gegenwart, sich durchringen zum Licht, denn ihnen gehört die Zukunft.

Die Erkenntnis, daß bei Arbeitsstreitigkeiten der Weg der Verständigung durch Abschluß von Tarifverträgen der weitaus vorteilhaftere auch für die Arbeiter ist, hat selbst bei der Organisation, die den Klassenkampf programmatisch predigt, mehr und mehr Platz gegriffen, wie die Anzahl der von ihr propagierten Tarifverträge zeigt. Die Vereinbarung des Arbeitsvertrages zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern ist eine fundamentale Forderung der Gewerksvereine, die sie seit dem ersten Tage ihres Bestehens mit Nachdruck gepredigt haben. Es hat denn auch unser Gewerksverein, obgleich an vielen Orten seine Mitglieder gegenüber andern Organisationen in der Minderzahl sind, Gelegenheit gehabt, sich an dem Abschluß von Tarifverträgen wiederholt zu beteiligen.

Der Zug zur Vereinigung, der Kooperationsgedanke, der alle Stände unseres Vaterlandes ergriffen hat, ist auch im Unternehmertum gewaltig zum Ausdruck gekommen. Es hat sich in seiner Art zu vereinigen gewagt und außerdem den unabhängigen Arbeiterorganisationen in Werkvereinen, den sogenannten Gelben, Gegner zu schaffen gesucht. Wir wollen aber nicht unterlassen, auszusprechen, daß die gelben Vereine die Gegentätigkeit, die Reaktion auf die von den sozialdemokratischen Gewerkschaften Jahre lang verübte sinnlose Heberei gegen den Kapitalismus und das Unternehmertum bilden. „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären.“ Es kann unter diesen Umständen nicht verwundern, wenn auf dem Gebiete des oft betonten „Arbeitsrechts“, auf Herstellung und Festigung eines Rechtsverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie es der Verbandsrat der Gewerksvereine bereits im Jahre 1910

nach einem Vortrage des Stadtrats Flesch programatisch festlegte, also ausnahmslos auf allen Wirkungsgebieten der Arbeiter-Berufsorganisationen so gut wie nichts erreicht werden konnte. Gesetzlich fundierte Tarifverträge, Schiedsgerichte und Einigungsämter und als Bestes die Arbeitskammern gehören noch heute zu den frommen Wünschen der Gewerkschaften. Auf das erstrebte Mitbestimmungsrecht werden die Arbeiter noch sehr lange warten müssen; die nächste Etappe muß die Schaffung einer einwandfreien Rechtsgrundlage für den Abschluß von Tarifverträgen, für die Bildung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern sein.

Nachdem der Verfasser noch die Ursachen und Wirkung der jetzigen Krise behandelt und nachgewiesen hätte, daß der Gewerkschaften allen an seine Kasse gestellten Anforderungen genügen konnte, ging er noch in längeren Ausführungen auf die Bildungsbestrebungen, den Rechtschutz, die Gewerkschaftenpresse und die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften ein und schloß mit folgenden Worten: „Sozialpolitischen Fortschritt pflegt man nicht mit dem Meterstab zu rechnen; er vollzieht sich langsam aber stetig, langsam aber ununterbrochen vollzieht sich aber auch der von der Steigerung der Volksbildung getragene allgemeine Kulturaufrüstung unseres Volkes, und ebensoviele wie es für diesen ein Jurist gibt, ist dies Jurist auch für den von ihm erzeugten Gewerkschaftsgedanken vorhanden.“

Der Bericht wurde vom Verfasser noch in manchen Teilen mündlich ergänzt unter Hinweis auf die Veränderungen, die im Wirtschaftsleben und damit auch im Organisationsleben in der Zeit des nunmehr 30jährigen Wirkens in seiner Stellung als Generalsekretär sich vollzogen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)
(Schluß.)

Die bisherigen Ausführungen zeigten ganz allgemein, daß auf eine Verminderung der Arbeitszeit eine erhöhte Tagesleistung folgt. Dieser Satz gilt natürlich nicht unter allen Umständen, oder mit anderen Worten: Es gibt eine Grenze in diesen Dingen; es gibt eine Verkürzung der Arbeitszeit, die keine höhere Leistung mehr in sich birgt. Wo diese Grenze in die Erscheinung tritt, ist bis heute noch nicht ausprobiert worden. Neue Versuche müssen hierüber Klarheit bringen. Bezeichnend für das ganze Problem ist, daß alle Versuche der Verkürzung der Arbeitszeit darauf schließen lassen, daß die erhöhte Leistung rein automatisch eintritt, ja, wie die Versuche von Frommont beweisen, sogar gegen den Willen der Arbeiter.

Aus alledem geht hervor, daß der Städter bei der Verkürzung der Arbeitszeit nichts verliert. Anders ist dies bei dem Zeitlohnarbeiter. Wo Stundenlöhne üblich sind, verliert der Arbeiter bei der Verringerung der Arbeitszeit einen Teil seines Lohnes. Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne müssen daher Hand in Hand gehen.

Ob auch Arbeiter, die automatische Maschinen bedienen, ihre Leistungen so steigern können, wie solche, die andere Maschinen bedienen, darüber streitet man. Die besser fundierte Ansicht scheint dahin zu gehen, daß auch die an automatisch arbeitenden Maschinen tätigen Arbeiter durch kürzere Arbeitszeiten ihre Leistungen steigern können. Die Vorbedingung hierfür ist aber eine gut durchgearbeitete Fabrikorganisation. Alles muß da so zur Hand sein, daß der die Maschine bedienende Arbeiter seine Leistung ungehindert vollbringen kann. Um dies zu ermöglichen, muß eben die Technik des Betriebes aufs beste durchgebildet werden. Wo alles klappt, beim Arbeiten einer dem andern geschieht in die Hand arbeitet, da vollzieht sich unbewußt ein rhythmischer Verlauf. Durch die Hinzuziehung eines zweiten oder dritten Arbeiters zu demselben Arbeitsakt erhält, wie Karl Bücher ausgeführt hat, häufig die Arbeit ein gewisses Gleichmaß; mit Hilfe dieses zweiten oder dritten wird ein kürzerer Takt erzielt.

Neuerdings schenkt man auch der Anordnung der Pausen größere Beachtung. Zu große Pausen haben Nachteile. Der Psychiater Kraepelin vertritt die Meinung, daß, während in der Pause die Ermüdung schwindet, zu derselben Zeit auch Übung und Willensregung zurückgehen. Danach steht dem Gewinn an Kraft ein Verlust gegenüber. Kraepelin sagt, es muß eine günstige Pause geben, die also so zu bemessen ist, daß der Vorteil des Ausruhens gewahrt wird, ohne daß etwas an Übung und Willensregung eingebüßt wird. Dies gilt natürlich auch für Heilbesarbeiter. Die richtige Bemessung der Pause und ihre beste Einord-

nung in die gegebene Zeit muß daher das Bestreben neuer Forschungen sein.

In welchem Maße die Arbeitszeit verkürzt werden kann, ohne daß sie eine Einschränkung der gesamten Tagesleistung zur Folge hat, ist, wie wir gesehen haben, vor allen Dingen eine Frage der Technik und der Organisation. Der allein und mit wenig Maschinen arbeitende Handwerker wird durch Verkürzung der Arbeitszeit nicht dieselben Verbesserungen der Leistungen erzielen können wie der Arbeiter einer technisch und gut organisierten Fabrik. Immerhin sind im allgemeinen auch hier dieselben Tendenzen wirksam. Auch für die Landwirtschaft, wo gerade im Klein- und Mittelbetriebe vielfach überlange Arbeitszeiten, namentlich zur Zeit der Ernte, üblich sind, gilt das Gesagte. Durch die zu langen Arbeitszeiten wird Raubbau mit der Menschenkraft getrieben, die sich früher oder später rächen wird.

Als in einem staatswissenschaftlichen Seminar einmal die Frage der Arbeitszeiten diskutiert wurde, ließ sich ein junges Semester also vernehmen: „Was nützt eine solche Verkürzung? Die Arbeiter gehen ja doch in die Kneipe, wenn sie von der Arbeit kommen. Die ganze Sache hat nur die Wirkung, daß sie mehr betrinken und ver-rauchen.“ Wer sich mit unserem Thema schon ein wenig beschäftigt hat, der weiß, daß das Urteil jenes jungen Studenten von keiner Sachkenntnis getrübt war. In diesem Sinne erwiderte ihm auch der Vorlesende. Die Erfahrungen, die bisher über die Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, sind durchaus günstig. Bessere Pflege des Familienlebens, lebhafter Anteilnahme an den Fragen des Wirtschaftslebens und der Politik, erhöhte Bildungsbestrebungen, häufigerer Besuch von Lesesälen, Spaziergänge in der frischen Luft usw., das sind die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit. Hierfür ließen sich viele Beispiele anführen. Wer sich näher dafür interessiert, der juche in den Berichten der Gewerkschaften und in den Schriften von Freee, Frommont u. a.

In zutreffender Weise hat Heinrich Koch in den „Stimmen von Maria-Baad“ darauf hingewiesen, daß die Volksbildungsbestrebungen weit mehr als ein sozialer Sport seien. Sie kommen einem tiefen, in mancher Arbeiterseele ruhenden Sehnen entgegen, dem Sehnen nach geistiger Bildung, nach Anteilnahme an den geistigen Fortschritten der Kultur. Geistige Ausbildung schafft im Arbeiter die Intelligenz und Regsamkeit, um den Ansprüchen zu genügen, die verbesserte Technik und gesteigerte Produktion an ihn stellen. Daß der Arbeiter auch zur Teilnahme an den politischen Tagesfragen Zeit haben muß, erscheint ebenfalls durchaus berechtigt. Als Staatsbürger muß er auch die nötige staatsbürgerliche Bildung erwerben können.

Wie der einzelne an einer richtigen Bemessung der Arbeitszeit interessiert ist, so auch der Staat. Er braucht — wie Herrner einmal ausführte — nicht nur Soldaten, sondern auch Bürger, die die Fähigkeit und den Willen haben, an öffentlichen Leben und seinen Aufgaben teilzunehmen. „Das Erwerbsleben muß also eine gewisse Zeit und geistige Kraft, teils für das Verständnis, teils für die Erfüllung der Aufgaben, welche die Selbstverwaltung, die Beteiligung an den Wahlen usw. am politischen Leben überhaupt stellen, frei lassen.“

Recht ausdrucklos hat S. Webb die Wünsche der heutigen Arbeiterschaft ausgedrückt: Die sich um Lohn mühen Männer und Frauen werden es überall müde, nur Arbeitstier zu sein. Sie wollen sich freuen, nicht bloß arbeiten; sie wollen Früchte pflücken, nicht bloß Boden bestellen; sie wollen Kleider nicht bloß weben, sondern auch tragen. Sie verlangen nach der Möglichkeit, mehr von der großen Welt, in der sie leben, zu sehen. Sie möchten Freunde besuchen können, Theaterstücke sehen, von denen die Zeitungen berichten, Feiertage haben, um angenehme Reisen machen zu können. Auch sei ihr Wunsch, von den Früchten der Wissenschaft zu kosten und ihren Geschmack an der schönen Literatur zu bilden.

Endlich sei allen denen, die sich nicht genug tun können, die „üblichen“ Folgen der kürzeren Arbeitszeit zu verfluchen, das Wort des englischen Großindustriellen M und e l l a entgegengehalten: „Es sind die langen Arbeitsstunden der fremden Nationen, die uns gegen ihre Konkurrenz schützen.“ Und Frommont erzählt, daß sich durch die Verminderung der Arbeitszeit von 10 auf 7½ Stunden (ohne Pause) die Krankheiten vermindert hätten, der Parassin sich gehoben, der Alkoholismus zurückgegangen sei, sich ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern angebahnt hätte, die Kosten der Betriebsmittel aber um 20 Prozent zurückgegangen wären.

Geldige Ergebnisse sollten allen Beteiligten die Augen öffnen!

Ausprüche von Waisen aus der Reichsversicherung beim Tode des Vaters durch Betriebsunfall.

W. W. Wird ein Arbeiter durch einen Unfall plötzlich hinweggerafft, so sind die Angehörigen häufig genug der größten Not ausgelegt. In der Regel handelt es sich um einen Betriebsunfall, der nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung eine Entschädigung der Hinterbliebenen bedingt. Außerdem kommt noch, unter gewissen Voraussetzungen, eine Leistung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hinzu.

Die Waisen der durch Betriebsunfall verstorbenen Versicherten haben zunächst Anspruch auf eine Waisenrente aus der Unfallversicherung in Höhe von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen für jede Waise. Die Rente wird bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres der Waise gezahlt. Die Waisenrenten und die Rente der Witwe, die ebenfalls ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, dürfen zusammen nicht mehr als drei solcher Fünftel betragen.

Daneben besteht noch der Anspruch aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Gestalt einer Waisenrente und Waisenaussteuer. Die Waisenrente wird jedoch nur gezahlt, bis die Unfallwaisenrente genährt wird. Bei der häufig schwierigen Feststellung, ob ein entschuldigungs-pflichtiger Betriebsunfall überhaupt vorliegt, wird häufig die Entschädigung über den Anspruch der Waisenrente aus der Hinterbliebenenversicherung schneller herbeigeführt werden. Denn hierbei sind nur die Aufrechnungsbefehignungen und die letzte Invalidenrente vorzulegen. Sobald jedoch Unfallwaisenrente genährt wird, ist die andere Waisenrente nur zu zahlen, soweit sie die der Unfallversicherung übersteigt. Das wird kaum jemals der Fall sein, da die Waisenrente der Hinterbliebenenversicherung nur drei Zwanzigstel für die erste und drei Vierzigstel für jede weitere Waise von der Invalidenrente des Vaters beträgt, soweit der Anteil der Versicherungsanstalt in Betracht kommt. Dazu kommt dann noch ein Reichszuschuß von 25 M. jährlich.

Von Erbschaft ist jedoch der Anspruch auf Waisenaussteuer. Die Waisenrente wird nur bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gezahlt. Als Abfindung für die spätere Zeit wird als einmaliger Betrag eine Waisenaussteuer gezahlt, wenn zur Zeit ihrer Fälligkeit eine Invalidenversicherung der Mutter bestanden und die die Wartezeit (200 Wochen Versicherung) erfüllt und die Anwartschaft besteht (die Versicherung nicht verfallen ist). Die Waisenaussteuer besteht aus 16% M. Reichszuschuß und dem Restfaden des Monatsbetrages der Waisenrente.

Nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts ist die Waisenaussteuer auch dann zu zahlen, wenn keine Waisenrente der Hinterbliebenenversicherung gezahlt wurde, weil die höhere Unfallwaisenrente zu gewähren war. Deshalb sollte auch eine etwa bestandene Invalidenversicherung der Mutter freiwillig fortgesetzt werden, um den Kindern die Ansprüche zu sichern.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 27. März 1914.

Eine Tagung für die innere Kolonisation. Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, an deren Spitze Regierungspräsident von Schwerin und Professor Sering stehen, wird auf den 24. April eine Konferenz nach Berlin zusammenberufen, zu der die Vertreter der Parlamente und der Presse geladen werden sollen, und wo berufene Männer der Theorie und Praxis verschiedene Fragen der Politik und Gesetzgebung besprechen werden. Die Tagesordnung hat bisher die folgenden Referate aufzuweisen:

1. Das Gesetz über die Fideikommissie und die Interessen der inneren Kolonisation.
2. Das Vorkaufsrecht des Staates zu gunsten der An siedlungs politik und andere Fragen aus dem Grundbesitzgesetz.
3. Die Belastung der Besiedlungsunternehmungen durch Steuern und öffentlich-rechtliche Leistungen (insbesondere Schulden) und sonstige Hindernisse bei der praktischen Durchführung der Siedlungstätigkeit.
4. Die im Landtage zur Förderung der inneren Kolonisation gestellten Anträge.

Zum Streikpostenfeste nimmt die freie Stadt Gamburg einen überaus eigenartigen Standpunkt ein. Schon seit längerer Zeit geht die dortige Polizei auf Grund der Straßenordnung sehr scharf gegen die Streikposten vor. Sie fordert

sie auf, ihren Platz zu verlassen, nimmt sie, wenn sie der Aufforderung nicht gleich nachkommen, fest und bestrafte sie, weil sie den im Interesse der Sicherheit und Ordnung erlassenen Vorschriften nicht Folge geleistet haben.

Kürzlich hat sich nun ein ganz besonderer Fall zugetragen. In einem dem Gebäude von Auer u. Co., d. h. dem der sozialdemokratischen Partei gehörigen Bau gegenüberliegenden Fabrik besteht ein Streik. Die Inhaber von Auer u. Co. haben den Streikposten ausdrücklich gestattet, von ihrem Grundstück aus den bestrittenen Betrieb zu beobachten. Die Polizei hat jedoch den Streikposten untersagt, sich dort aufzuhalten und sie, als sie nicht Folge leisteten, kurzerhand verhaftet. Dieses Vorgehen kam in der letzten Sitzung der Bürgerwehr zur Sprache und führte zu außerordentlich lebhaften Auseinandersetzungen. Der Vertreter der Polizeibehörde erklärte, daß zu einer Beschwerde kein Anlaß vorliege. Das Vorgehen der Polizei sei korrekt, da es im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erfolge.

Unseres Erachtens steht diese Auffassung im Widerspruch zu dem Gesetz. Das Streikpostenstreichen darf nicht verboten werden. Auf ein Streikpostenverbot aber läuft letzten Endes das Vorgehen der Hamburger Polizei hinaus. Im öffentlichen Interesse liegt es deshalb, daß alle gangbaren Schritte getan werden, um dem Gesetz in Hamburg wieder Geltung zu verschaffen. Und trotz dieses Vorgehens der Polizei gibt es noch Leute, die nach einem stärkeren Schutze der Arbeitwilligen schreien!

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der sich mit 30 Bezirks-, Landes- und Provinzialverbänden, sowie 11 unmittelbar angeschlossenen Ortsverbänden über das ganze Deutsche Reich erstreckt und auch den Betonbauarbeiterverband für Deutschland mit umfaßt, hat auf seiner unter dem Vorsitz von Architekt Behrens-Pannofier in Eisenach abgehaltenen Generalversammlung einstimmig den Beitritt zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschlossen. Durch den Beitritt dieses Verbandes, dessen Mitglieder rund 250 000 Arbeiter beschäftigen, hat die Zentralorganisation der Deutschen Arbeitgeberverbände eine weitere bedeutsame Stärkung erfahren.

Werden die deutschen Arbeiter aus diesem Vorgange lernen?

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bergleute auf der Saarsteingrube Sottendach nimmt seinen Fortgang. Von den 1000 Arbeitern, die überhaupt beschäftigt sind, nehmen rund 700 an dem Streik teil. Überall sucht die Fehlleitung Arbeitswillige anzuerwerben. — Die in der Bierdruckapparaturbranche beschäftigten Klempner und Monteure in Berlin sind in eine Tarifbewegung eingetreten. — Die Bewegung der Marmorarbeiter in Berlin zieht weitere Kreise. Auch die in der Sandstein- und Grabsteinbranche beschäftigten Arbeiter haben sich mit ihnen solidarisch erklärt und dieselben Forderungen gestellt. — Die Bewegung der Weinbergarbeiter in Reustadt a. S. und Umgebung nimmt ihren Fortgang. Die Weinbergbesitzer wollen einen neuen Lohnstarif, der den Arbeitern etwa 10 Prozent Erhöhung bringt, bewilligen. Auf Grund dieses Tarifs soll mit den Arbeitnehmern weiter verhandelt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zwar für einige Saisongewerbe wie alljährlich um diese Zeit gebessert; für die Mehrzahl der großen Industriezweige war jedoch keine wesentliche Veränderung der in der Hauptsache nicht befriedigenden Lage zu bemerken.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt hielt die wenig günstige Lage im Februar an; die Zahl der Feierschichten nahm gegen den Vormonat noch etwas zu. Die schlesischen Gruben hatten gegen den Januar im allgemeinen eine Abwärtsbewegung zu verzeichnen, so daß in Oberschlesien vielfach Feierschichten eingelegt werden mußten. Auch im Braunkohlenbau trat eine Abwärtsbewegung ein; im Niederlausitzer Revier hielt der Arbeitermangel an. Der Eisenerzbergbau war gut beschäftigt. Die Rohzeigerzeugung berichtet hingegen ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades. Für die dem Stahlverband angehörenden Werke wird eine kleine Verbesserung der Lage insbesondere für Formeisen mitgeteilt; wie aus den Einzelberichten der Stahl- und Walzwerke hervorgeht, mußten nach wie vor

vielfach Feierschichten eingelegt werden, insbesondere aus Westfalen wird ein großer Anbruch von Arbeitskräften berichtet. Die Maschinenindustrie war im allgemeinen nicht befriedigend beschäftigt. Im Lokomotivbau machte sich stellenweise eine geringe Verschlechterung bemerkbar. Der Automobilbau war noch gut mit Aufträgen versehen; allerdings liegen auch hier Mitteilungen über ein Nachlassen der Lage vor. Die Beschäftigung in der elektrischen Industrie wird immer noch als etwas unter normal geschildert. Die chemische Industrie hatte gut zu tun; das Angebot an Arbeitskräften war im allgemeinen reichlich. Was die Textilindustrie betrifft, so klagen die Baumwollspinnereien und Webereien nach wie vor über einen ungünstigen Beschäftigungsstand. Eine Reihe von Industriezweigen wurde durch das Eintreten der wärmeren Witterung günstig beeinflusst; es seien nur die Brauereien und die Schiffbauindustrie erwähnt. Das Baugewerbe war im allgemeinen noch nicht genügend beschäftigt; nur aus wenigen Orten wird bis jetzt eine Verbesserung gegen den Vormonat berichtet. An Arbeitskräften war nach wie vor ein Ueberangebot vorhanden.

Nach der neu geordneten Berichterstattung der Krankenkassen über den Beschäftigungsgrad ergab sich vom 1. Februar zum 1. März für die in Arbeit stehenden Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 231 876 Mitglieder oder um 3,43 v. S. Die Zunahme betrug im einzelnen bei den männlichen Mitgliedern 3,30 v. S., bei den weiblichen Mitgliedern 3,69 vom Hundert.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der berichtenden Arbeiterverbände ging im Februar wie alljährlich gegenüber dem Januar zurück, hatte aber immer noch einen erheblichen Umfang als im Februar 1913. Unter den 1977 713 Mitgliedern von 45 Gewerkschaften waren im Februar 1914 arbeitslos 3,7 v. S. gegen 4,7 im Januar und 2,9 im Februar 1913. Die Senkung gegen den Vormonat war immerhin größer als 1913, da der Januar 1913 3,2 v. S. Arbeitslose aufwies.

Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise entfielen im Februar auf je 210 offene Stellen bei den männlichen Personen 128 Arbeitsgesuche gegen 234 im Vormonat und 190 im Februar 1913. Bei den weiblichen Personen kamen auf je 100 offene Stellen 97 Arbeitsjuchende gegen 105 im Vormonat und 91 im Februar 1913. Danach hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wie alljährlich gegen den Januar gebessert, ist aber ungünstiger als im Februar 1913.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin und in der Provinz Brandenburg hat sich gegenüber dem Vormonat in einer Reihe von Industriezweigen gebessert. In Schleswig-Holstein ergab sich lediglich für die ländlichen Bezirke eine Besserung. Westfalen, das Fürstentum Lippe, Sessen, Sessen-Kassau und Walded berichten gleichfalls von einer Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Auch für Süddeutschland wird nach den sehr ruhigen Wintermonaten vielfach ein nicht unerheblicher Aufschwung insbesondere in den ländlichen Bezirken mitgeteilt. Die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter stieg zwar gegen den Februar 1913, fiel aber gegen den Januar 1914.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen (einschließlich der Einnahmen der bayerischen Staats- und Privatbahnen) betragen im Februar 1914 im ganzen 179 547 907 Mark oder gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 611 562 Mk. mehr. Auf 1 Kilometer berechnet ergibt sich gegenüber dem Februar 1913 eine Mindereinnahme von 22 Mk. oder 0,76 v. S.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Februar 1914 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 903,70 Millionen Mark gegen 925,59 Millionen Mark im Februar 1913, die Ausfuhr einen Wert von 815,47 Millionen Mark gegen 837,16 Millionen Mark im Februar 1913.

Die „Genossen“ unter sich. In Krefeld befindet sich der Sitz der am ganzen Niederrhein verbreiteten, unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Niederrhein“, die einen jährlichen Umsatz von mehreren Millionen Mark hat sowie eine eigene Mälzerei und Schlächterei besitzt. In dieser Genossenschaft haben sich kürzlich Vorgänge abgepielt, die auch für die Öffentlichkeit von Interesse sind.

Die Generalversammlung hat nämlich kurzweg beschlossen, sämtliche Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ihres Amtes zu entsetzen.

Die Gründe für diesen Beschluß sollen schon längere Zeit zurückliegen. In dem Wädereibetriebe haben sich angeblich gewisse Vorkommnisse ereignet, die nicht mit genossenschaftlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen sind. Infolgedessen reichten 52 Gesellen einen Antrag ein auf Amtsentsetzung der gesamten Verwaltung. Es seien zwei Wädereigenen entlassen worden, weil sie im Arbeiterausschuß die Rechte der Arbeiter vertreten hätten; demnach handele es sich um eine Wädereiregelung, wie sie in keinem kapitalistischem Betriebe vorkomme. Sonst verlange man in der Arbeiterbewegung Koalitionsfreiheit, Schutz der Arbeiterausschußmitglieder, Anerkennung der Schiedsinstanzen. Hier aber habe ein Vorstand und Aufsichtsrat, in denen eine ganze Anzahl führender Gewerkschaftsmitglieder tätig seien, all diese Forderungen mißachtet und Ausschußmitglieder gemahregelt. Der sozialdemokratische Wädereiverband habe seine Mitglieder ebenfalls im Stich gelassen und dürfe nicht wieder zu einem Vertragsverhältnis mit der Genossenschaft zugelassen werden.

In der Generalversammlung, die einen überaus stürmischen Verlauf nahm, wurden diese und andere schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung der Genossenschaft erhoben. Im Wädereibetriebe gefe es wie auf einem Kasernenboje zu; 200 Mk. habe der Vorstand nutzlos für Einladungen zu der Generalversammlung verpulvert, um seine verfehlte Sache zu retten.

Vergeßlich verjuchte der Verbandsdirektor Markus-Düsseldorf die Verwaltung zu verteidigen. Alle Redner, die für diese Partei nahmen, wurden niedergeschrien. Der Antrag auf Amtsentsetzung des Vorstandes wurde mit 403 gegen 120 Stimmen, der auf Amtsentsetzung des Aufsichtsrats mit 382 gegen 88 Stimmen angenommen. Der neue Aufsichtsrat wurde unter der Bedingung gewählt, daß er dem Gesamtvorstand zum 15. Mai kündige und für Ersatz Sorge.

Die Tatsachen sprechen ja für sich selbst. Indessen dürfte doch der Hinweis angebracht sein, wie sehr die „Genossen“ kapitalistischen Märenten huldigen, wenn sie selbst Unternehmer sind. Im Zukunftsstaate dürfte danach die Lage der Arbeiter keineswegs ruhiger sein als in der kapitalistischen Gesellschaft.

Deutsche Handelskammern zur Trufstfrage.

Zeit wenig mehr als einem Jahr hat Deutschland eine Trufstabwehrbewegung. Unmittelbar entstanden aus den Nöten der deutschen Tabakindustrie, die einen Verteidigungskampf führt gegen die Gelüste des englisch-amerikanischen Trufstkapitals, auch sie zu unterjochen, wie es den Tabakindustrien anderer Länder gesehah, ist diese Bewegung, volkswirtschaftlich und wirtschaftspolitisch gesehen, doch weit mehr noch als ein Ringen um die Existenzbedingungen einer Industrie. Es handelt sich bei ihr tatsächlich um eine Idee, zu der Stellung zu nehmen der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung früher oder später unweigerlich drängen mußte, weil sie die Fundamente unserer volkswirtschaftlichen Organisation berührt. Aus diesem Grunde darf vielleicht auch eine von dem „Verband zur Abwehr des Tabaktrufstes“ (Dresden, Ringstraße 18) joesen herausgegebene Schrift „Deutscher Handelstag und Handelskammern über Trufstgefahr und Trufstabwehr“ besonderes Interesse beanspruchen. Gewisse Aktualität wohnt ihr schon aus dem Grunde inne, weil ihr Erscheinen gerade mit der diesjährigen Tagung des Deutschen Handelstages zusammenfiel, dessen Besuchern sie übrigens vorgelesen hat. Abgegeben davon liegt der Wert der Schrift aber darin, daß sie nicht mehr aber auch nicht weniger als eine sorgfältige Materialsammlung über die Stellungnahme der deutschen Handelskammern und ihrer Zentrale zur Frage der Trufstgefahr im deutschen Tabakgewerbe und ihrer Abwehr bietet. Als wertvolles Schlufstkapitel enthält die neue Trufstabwehr-Flugschrift außerdem eine Wiedergabe des Beschlusses des führenden Tabaktrufstunternehmers in Deutschland, der „Zasmaki Akt.-Ges.“, den Handelskammern ihr Eintreten für die Interessen deutscher Industrie durch Einmünderungsmaßnahmen und eine Beschwerde beim preußischen Handelsminister zu verleiden, und es berührt angenehm, mit welcher Gelassenheit Herr Sydow diesen Versuch zurückgewiesen hat.

Eine treffliche Charakteristik der gelben Verbereine hat der Bundesvorsitzende Geh aus Eisen auf dem letzten Vertretertag in Eisenberg ge-

geben. Er bezeichnete sich als Gegner der Berufsorganisationen. Die Arbeit in der Werkstatt, im Wertverein sei die Hauptfrage. Warum wohl? fragen wir. Damit die Arbeiterschaft schon jetzt...

durften, so hätte das Ergebnis für uns doch bedeutend besser sein können. Aber wie schon bei der Krankenkassenwahl, so mußten wir auch diesmal die Beobachtung machen, daß, wer nicht mehrere Male aufgefordert wird, nichts tut.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals auf die am Sonntag den 20. ds. Mts. in Bernrode, Gashof zum schwarzen Bär, stattfindende Ortsverbandsoberversammlung aufmerksam gemacht.

Selb. Am Sonntag, den 22. März hatten wir eine interessante Versammlung, verbunden mit einem Diskutierabend, auf dem die Kollegen von den Ortsvereinen der Töpfer und Textilarbeiter zahlreich vertreten waren.

Verbands-Teil. Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Verbandsabend mit einem Diskutierabend, am 21. ds. Mts. in Bernrode, Gashof zum schwarzen Bär, stattfindende Ortsverbandsoberversammlung...

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Turfplatz...

im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 8-9 Uhr, Diskutierabend im Vereinstokal von G. Simon, Alter Markt. ...

Zieleffern.

Nr. 33509 in Rubra. Hier Ortsverein hat tatsächlich bisher nur 3 Exemplare erhalten. Da inzwischen sich keine Mitgliederzahl auf über 30 erhöht hat, wird er von jetzt ab 4 Exemplare bekommen.

Die 7. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 30. März, abends 8 Uhr im Neuen Operntheater (Kroll) statt.

Der Biletverkauf erfolgt - wie bisher - in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewerksvereins-Teil.

Bunzlau. Am 21. ds. Mts. ist es uns geg. lict, einen Ortsverein der Maler ins Leben zu rufen. Betont werden muß, daß die Kaufleute Kollegen sehr viel dazu beigetragen haben.

Cuedlinburg. Am 14. März fand hier unter recht schwacher Beteiligung die Gewerkschaftsmahl statt. An der tsiberrigen Belegung hat die Wahl nichts geändert.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Secretariat des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine Bremen. Das Secretariat befindet sich vom 1. April ab Dästerstraße 3, Telefon Nr. 9795.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstech., Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw. Kataloge gratis und franko.

Der Gewerksverein Jahrgang 1913 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 5, sonst 7 Mark.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt, Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11-12. Unfallversicherung, Gewerbehygiene, Soziale Hygiene.

Regnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten beim Ortsverbandskassierer Paul Wuttke, Georgenstraße 8, Vereinstokal ist Prinz von Preußen, Glögauerstraße.

Weser (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 Mf. bei G. Bernol, Gronsford-Wee 65a. Wafersalk. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstiftung bei A. Herholz, Klosterstr. 1.